

Germany-Hanover: Weir construction work

OJ S 123/2021 29/06/2021

Contract notice

Works

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Wasserstraßen-Neubauamt Hannover

Postal address: Nikolaistraße 14/16

Town: Hannover

NUTS code: DE929 Region Hannover

Postal code: 30159

Country: Germany

E-mail: vergabestelle.wna-h@wsv.bund.de

Telephone: +49 511-91155111

Fax: +49 511-91155140

Internet address(es):

Main address: <http://www.wna-hannover.wsv.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=399065>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=399065>

I.4. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

Other activity: Bauverwaltung

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Grundinstandsetzung Uferwand Süd und Hauptzulauf am Wehr Geesthacht

Reference number: 214.02/0003-WehrGe-331

II.1.2. Main CPV code

45247220 Weir construction work

II.1.3. Type of contract

Works

II.1.4. Short description

Im Rahmen der Grundinstandsetzung (GI) des Wehres in Geesthacht beinhaltet die vorliegende Ausschreibung die Grundinstandsetzung der südlichen Uferwand und des Hauptzulaufes.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 5 447 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

45221250 Underground work other than tunnels, shafts and subways, 45262310 Reinforced-concrete work, 45223210 Structural steelworks

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEF06 Herzogtum Lauenburg

Main site or place of performance: Wehr Geesthacht (Elbe-km 585,900)

II.2.4. Description of the procurement

Leistungsgegenstand ist die Grundinstandsetzung der Uferwand Süd und Hauptzulauf am Wehr Geesthacht.

Folgende Leistungen sind im Detail zu erbringen:

- Technische Bearbeitung,
- Herstellen/Vorhalten/Rückbau bauzeitliche Wasserversorgung,
- Herstellen und Rückbau bauzeitlicher Sicherungsvorschüttungen,
- Rückbau vorhandene bauzeitliche Sicherungsvorschüttung,
- Herstellen von Arbeitsebenen,
- Erd- und Nassbaggerarbeiten,
- Herstellen von Uferspundwänden,
- Herstellen eines Hauptzulaufs,
- Ausrüstung Hauptzulauf,
- Herstellen einer Verbindungsleitung,
- Herstellen einer Dotierleitung,
- Wiederherstellen der planmäßigen Gewässersohlgeometrie,
- Herstellen eines schwimmenden Stahlpontons zum Schutz des Einlaufs des Hauptzulaufs,
- Herstellen Elektroversorgung für Hauptzulauf und Eisbrecherliegeplatz,
- Herstellen eines Betriebs- und Steuerpegels,
- Herstellen des Übergangs zur Eisbrechermole,
- Herstellen der Betriebswege und -flächen, Einzäunung, Kabelleerrohrtrassen,
- Rückbau PAK belastete Bestandsspundwände,
- Rückbau vorhandener Ausrüstungsteile UW Süd, FAA,
- Rückbau alte Verbindungsleitung,
- Rückbau alter Zulauf FAA,
- Aufbruch Pflaster- und Asphaltoberflächen,
- Transport sämtlicher Böden zur Deponie des AG (ca. 19 500 t).

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Technischer Wert / Weighting: 30

Price - Weighting: 70

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 5 447 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 24

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: yes

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Eignungskriterien gemäß Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“

1. Erklärung, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat. Eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (sofern diese nicht verfügbar ist, eine gleichwertige Bescheinigung des zuständigen Versicherungsträgers) mit Angabe der Lohnsummen ist auf Verlangen vorzulegen.

2. Eintragung in das Berufs-/Handelsregister des Unternehmens- oder Wohnsitzes
Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer sind auf Verlangen vorzulegen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ wird auf der e-Vergabeplattform des Bundes (<https://www.evergabe-online.de/start.html?3>) bei der entsprechenden Bekanntmachung über den Button „Ausschreibungsunterlagen einsehen“ ausfüllbar bereit gestellt.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Eignungskriterien gemäß Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“

1. Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.

2. Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Ggf. ist ein rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan auf Verlangen vorzulegen.

3. Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit eine Pflicht zur Beitragszahlung besteht, ordnungsgemäß erfüllt wurde bzw. entsprechende Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen

wurden oder eine Verpflichtung eingegangen wurde. Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG ist auf Verlangen vorzulegen.
Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ s. Ziff. III.1.1)

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Eignungskriterien gemäß Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“

1. Erklärung, dass in den letzten 5 Kalenderjahren Leistungen erbracht wurden, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Dies ist durch mindestens 3 Referenzen nachzuweisen. Auf Verlangen sind die Referenzen mit mindestens folgenden Angaben vorzulegen:

Auftraggeber; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragunternehmen, ARGE-Partner, Unterauftragunternehmen); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

2. Erklärung über die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

3. Erklärung entsprechend § 123 GWB i. V. m. § 6e EU VOB/A bezogen auf die letzten 2 Jahre: Angabe, dass kein zwingender Ausschlussgrund vorliegt. Diese Angaben beziehen sich nur auf Straftaten, die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurden, wenn im Bundeszentralregister keine weitere Straftaten eingetragen sind (§ 32 Abs. 2 Nr. 5 BZRG). Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. Die Vorlage von Auszügen aus dem Bundeszentralregister nach § 30 Absatz 5 BZRG kann auf Verlangen gefordert werden.

4. Erklärung entsprechend § 124 Abs. 1 Nrn. 1, 3 bis 9 und Abs. 2 GWB i.V.m. § 6e EU VOB /A bezogen auf die letzten 2 Jahre: Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund vorliegt. Erklärung, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden ist und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit Abfällen (§ 326 StGB).

5. Erklärung entsprechend § 124 Abs. 1 Nrn. 1, 3 bis 9 und Abs. 2 GWB i.V.m. § 6e EU VOB /A bezogen auf die letzten 2 Jahre: Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund vorliegt.

Erklärung, dass keine Eintragungen im Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung vorliegen, die einen Ausschluss z. B. nach § 21 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98 c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz rechtfertigen. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Erklärung, bezogen auf die letzten 2 Jahre, dass außerdem kein wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), kein wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), keine wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), kein Verstoß gegen § 81 Absatz 1 Nummer 1 GWB vorliegt. Ab einer Auftragssumme von 30 000 EUR wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt der Justiz anfordern. Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ s. Ziff. III.1.)

Minimum level(s) of standards possibly required:

Nachweis von Leistungen die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind: siehe Ziffer III.1.3)

a) Vorlage einer Referenz für die Herstellung von Spundwänden an Gewässern mit Bohlenlängen von mehr als 15 m,

b) Vorlage von 3 Referenzen für die Ausführung von Nassbaggerarbeiten,

c) Vorlage von 3 Referenzen für die Herstellung einer mit Kleinbohrverpresspfählen nach DIN EN 14199 verankerten Unterwasserbetonsohle.

Die vergleichbaren Leistungen unter a) bis c) müssen nicht im Rahmen einer Baumaßnahme erbracht worden sein.

Folgende Nachweise und Erklärungen sind mit dem Angebot einzureichen:

— Anforderungsnachweis Ausführungsklasse EXC 2 gemäß DIN EN 1090-2,

— Eignungsnachweis zum Einbau von Beton der Überwachungsklasse 2 gemäß DIN EN 13670/DIN 1045-3,

— Qualifikationsnachweis für Korrosionsschutzarbeiten an Stahlbauteilen nach DIN 18800-7.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 29/07/2021 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 27/09/2021

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 29/07/2021 Local time: 10:00

Information about authorised persons and opening procedure: Bieter und ihre Bevollmächtigten sind zum Öffnungstermin nicht zugelassen.

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

VI.3. Additional information

1. Die Anforderung der Vergabeunterlagen sowie die Abgabe des Angebots sind nur über die e-Vergabeplattform des Bundes zugelassen. Nähere Informationen zum Thema e-Vergabe können unter <http://www.evergabe-online.info/index.html> abgerufen werden.

2. Anfragen sind schriftlich über die e-Vergabeplattform des Bundes zu stellen. Anfragen werden telefonisch nicht beantwortet. Auskünfte und ergänzende Informationen, die für die Bearbeitung des Angebots von Bedeutung sind, teilt der Auftraggeber über die e-Vergabeplattform des Bundes mit.

3. Anfragen von interessierten Unternehmen sollen bis spätestens 7 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist in schriftlicher Form bei der Kontaktstelle gemäß Ziffer I.1) vorliegen.

4. Mit dem Angebot ist die Urkalkulation als passwortgeschützte Datei (PDF) über die e-Vergabeplattform einzureichen. Das Passwort ist der Vergabestelle auf Verlangen gesondert mitzuteilen.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Bundeskartellamt – Vergabekammer des Bundes

Postal address: Villemombler Straße 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

Telephone: +49 228-94990

Fax: +49 228-9499163

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein Antrag auf Nachprüfung ist gemäß § 160 Abs. 3 Nrn. 1 bis 4 GWB nur zulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt worden sind,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) nicht mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Date of dispatch of this notice

24/06/2021